

Kaukasische Post

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Kirchenstr. (Kapown. y.) № 25, Lokal des 3.-R.-s.
Sprechstunden: 6^h — 7^h 1/2, Uhr abends.

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonnabend.

Bezugspreis: 12 Rbl. vierteljährlich. Anzeigen:
die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite — 60 Kop., auf der 4. Seite — 40 Kop.

Nr. 36.

Tiflis, den 13. Juli 1918.

10. Jahrgang.



Am 6. d. Mts., um 8 Uhr abends, ist der bekannte öffentliche Arbeiter und Redakteur der Zeitung „Mschak“

Hambarzum Arakeljan

in seiner Wohnung in verräterischer Weise ermordet worden.

Das Begräbnis wird am Sonntag, d. 14. Juli, vom Trauerhause (Shukowski-Str. 23) auf dem Chodshiwanschen Friedhofe stattfinden.

Das Leichnamsprozessionskomitee.

Deutsch-Armenisch. Kulturverein.

Im Sommerlokal der Artistischen Gesellschaft
(Michael-Prospekt № 107)

findet

Sonntag, d. 14. Juli 1918, um 1 Uhr mittags,
eine öffentliche Sitzung des Vereins
statt, auf welcher u. a. der Vizepräsident des Vereins
Herr Artur Leist einen Vortrag über:

„Das armenische Volk“

nach folgendem Programm gehalten wird:

1) Charakteristik von Land u. Volk; 2) Kulturentwicklung bis in die neueste Zeit; 3) die gegenwärtige Lage des armen. Volkes u. 4) Aussichten in die Zukunft.

Eintrittskarten für Nichtmitglieder zum Preise von zwei Rbl. werden am Eingange verkauft werden.

Jugend-Verein.

Sonntag, den 14. Juli 1918:

Ausflug nach Kodshori.

Jeder Beteiligte muss bis 4 Uhr morgens in der Deutschen Schule (oder 1/2, 5 Uhr auf dem Eriwan-Platz) erscheinen und hat für den ganzen Tag genügend Mundvorrat mitzubringen.

Der Vorstand.

Dr. med. A. Schahbasian,

20—10
gewes. Assistent an der Frauenklinik d. königl. Charité in Berlin.
Spezialarzt für Frauenkrankheiten, Geburtshilfe,
Harn u. Blasen, sowie Geschlechtsleiden der Frauen.
Sprechstunden täglich von 6—7 Uhr, ausser Sonntags.
Olginakaja № 3, Haus Melik-Asarian, Wohnung 12. Tel. 16-68

Dr. Emma Roloff.

Kinderkrankheiten.

Von 5 bis 6 Uhr täglich, ausser Sonntagen.
(Великобраздская. 85.) 20—19

Dr. med. Leo Scherschewsky,

Prakt. Arzt.

Innere & Nervenkrankheiten.

Von 1 bis 3 Uhr täglich.
(Великий рынок, 5.) 10—8

Das Handelshaus

„KOMMERSANT“

führt Agentur-Kommissionsoperationen aus, nimmt in Kommission allerlei Waren, schliesst Handelsverträge, organisiert Handelsgesellschaften, plaziert Kapitalien, verbreitet Angebote von Handelshäusern und findet Absatz für ihre Waren. Das Handelshaus „Kommerzant“ hat Agenten in allen Städten der Georgischen Republik, des ganzen Transkaukasien und Russlands. Adresse: Tiflis, Golowinischer-Prospect, Haus 10, Tel. Nr. 12—92. — Telegrammadresse: Tiflis, „Tordokom.“ 25—6

Artillerie-Offizier a. D.,

25 J., Absolvent der Deutschen Hauptschule zu St. Petri in Petrograd, des Deutschen, Russischen, Französischen und Englischen mächtig, mit 5-jähriger Praxis als Elektrotechniker, sucht Stellung oder Arbeit. Geil. Anfragen bitte richten zu wollen an die Redaktion — sub. S. S. 3—1

Bilder - Ausstellung

der Kaukasischen Künstler Al. Baschbek-Melikoff und Wl. Gadiasschwill in den Räumen der Redaktion des Journals „ARS“ (Golowinsky Prospekt Nr. 9). 1—1
Die Ausstellung ist geöffnet: von 9—2 und von 4—6 Uhr.

Für Liebhaber von Quartettmusik.

Ein geübter Quartettspieler (Violoncellist) bietet seine Dienste für Ensemblepiel an. Er kann Instrumente und Noten (Quartette von Haydn, Mozart, Beethoven usw.) zur Verfügung stellen. Belohnung nach Uebereinkunft.
Zu erfragen: Duschetskaja 3, von 4—7 abends. 2—1

Mit der Kaiserlich-Deutschen Delegation ist eine wirtschaftliche Abteilung eingetroffen. Die Geschäftsräume befinden sich in der Gribodjedowskaja No. 18.

Sprechstunden sind täglich, ausser Sonntags, von 11 bis 12^h 1/2 Uhr vormittags.

Kaiserlich-Deutsche Delegation
im Kaukasus.

Zu verkaufen sind:

Hausgeräte, Teppiche, Pelzstoff, Kleider, Solingen-Säbelklinge u. s. w.

Alexanderstr. 66, Eingang durch die Pforte.

Zu besehen: tagtäglich bis 7 Uhr abends. 8—3

Bekanntmachung

Ein zur Unterbringung des Deutschen Proviantdepots geeignetes Gebäude, wenn möglich mit Baderei-Anlagen, zentral gelegen, sofort zu mieten gesucht. Angebote sind zu richten an die Intendantur der Kaiserlich-Deutschen Delegation, im Kaufhaus, Golewin-Prospekt 6.

Zur Kenntnis.

Die Gründer des Georgisch-Deutschen Vereins in Tiflis machen hierdurch allen deutsch gebildeten Georgiern und den in naher Beziehung zu Georgien stehenden Deutschen die Mitteilung, daß die erste Sitzung des Vereins Sonntag, den 14. Juli, um 11 Uhr vormittags, Saalnummer (Opelkammer) № 11, im bisherigen Lokal des National-Rates, stattfindet.

- 1) Dr. philol. D. v. Marquelschwill, Hauptinstruktor für Einführung des Gemeindefwesens in Georgien.
- 2) Artur Leist.
- 3) G. Wefchaveli, Mitglied des National-Rates.
- 4) B. Karawa, Bergingenieur.
- 5) G. Kifodze, Mitglied des National-Rates.
- 6) A. Asfiani, Redakteur der Zeitung, „Stafarbulwelo“.

Russische Ansprüche.

Die Russen betrachten Georgien immer noch als ihre Domäne und behaupten nach wie vor in ihren Zeitungen und in Privatgesprächen, sie seien Georgien gegenüber stets großmütig und unheimgemäß, ja Wohlthäter gewesen und können es unter Umständen auch fernherhin sein.

Aber haben denn nicht alle nicht-russischen Völker für solche „Wohlthäter“ sein Verständnis gezeigt und haben sie alle nicht eifrig das russische Joch abgeschüttelt, als sie die Möglichkeit dazu bekommen haben? Sind nicht Polen, Litauer, Finnländer, Ukrainer und Balten froh, daß die Verrückung ihrer Rechte durch das russische Besantentum endlich aufgehört hat und sie nun wieder Herren im eigenen Hause sind?

Und worin bestand eigentlich die russische Verwaltung der nicht-russischen Länder, welche das zweifelhafte Glück hatten, dem nerbischen Kolosse angegliedert zu werden? Zunächst wurde das Land militärisch fest genebelt und ihm alle Möglichkeit benommen, sich aufzulehnen. Dann kam ein immer größer werdender Trost von Tschinowitsch, von denen nur einige Halbkultur und die übrigen nur Viertelkultur besaßen. Sie dünkten sich sehr „intelligent“ und ließen ihre Annahmung nachdrücklich ihren Nichtstrafen fühlen. Sie waren sich eben ihrer „Kulturmission“ voll und ganz bewußt — vom Gouverneur bis zum letzten Schreiber! Natürlich lernte keiner dieser russischen „Kulturträger“ die Landessprache, machte keiner sich mit der geschichtlichen Vergangenheit und der Literatur u. s. w. des Landes bekannt, denn wozu das? Das Land sollte ja russifiziert werden und seine Bevölkerung im russischen Meer untergehen!

Dies war in kurzen Worten das Programm für die ganze russische Verwaltung in allen Randländern des russischen Reiches, und dies wohlthätige Rezept sollte auch die Bewohner Galizien und der Bukowina von ihrer österreichischen Knechtschaft und zu russischen „Menschen“ machen. Ja, ja, der Russe ist ein großer Wohlthäter und Beglückter, der mit offenen Händen seine Viertelkultur unentgeltlich ausstelt. Unentgeltlich? O nein, der Russe ließ sich seine Viertelkultur sehr gut bezahlen, indem er alle Nichtstrafen streng, anhielt ihm

fließig Steuern und Abgaben zu entrichten, und sie dafür aller mehr oder weniger wichtigen Aemter entsetzte, um diese mit feinesgleichen zu besetzen.

In, in Polen, in der Ukraine, im Kaukasus u. s. w. waren die Nichtrußen nur die Handlanger für die Russen, und sobald man höhererem merkte, daß sie in irgend einer Beziehung ein wenig nach oben rücken und zu gleichen Rechten mit den russischen Kollegen gelangen, wurden sie schnell abgesetzt und die Herrschaft von diesen nichtrussischen „Eindringlingen“ geläubert.

Georgien hat über 100 Jahre die „Wohltaten“ der russischen Verwaltung genossen, als seine Söhne schweigend zusehen mußten, wie die georgische Sprache, wie georgische Sitten und Eigenart verzwergt wurden und der russische Technonomik willkürlich im Lande wirtschaftete. Der einst begüterte georgische Adel wurde zur Verschwendung angehalten und mit Festlichkeiten und Gelagen bedeckt, bis er an den Bettelstab kam und sich bei den Russen seinen Lebensunterhalt suchen mußte. Da war es um die Unabhängigkeit des Adels geschehen, und ein großer Teil von ihm verfiel in eine nationale Gleichgültigkeit, die den Aufstiegsbestrebungen der Regierung großen Vorstoß leistete. In den Lehnanhalten, die behufs schnellerer Verfassung des Landes eröffnet wurden, kamen nur diejenigen vorwärts, die die russische Sprache zu ihrer eigenen machten. Für die wirtschaftliche Bedung Georgiens tat die russische Regierung fast gar nichts. Sie legte, im Gegenteil, jedem Privatunternehmen Hindernisse in den Weg. Davon konnten die Besitzer der Manganeergruben von Tschibatura, die Bakur Naphtagrubenbesitzer und andere viel erzählen. Der Bau der kachetischen Eisenbahn wurde Jahrzehnte lang aufgeschoben, weil sie keine strategische Bedeutung hatte. Die Manganeerz wurde erst vor einigen Jahren urbar gemacht und auch nur zu politischen Zwecken, denn sie sollte ja mit Russen besiedelt werden und für die Russifizierung des Kaukasus einen wichtigen Standpunkt bilden!

Von oben bis unten herrichte in der Verwaltung der echt russische Schlenkrian. Überall stieß man bei den Beamten auf Unwissenheit, Mangel an Bildung und Fachkenntnissen und eine grobe Abneigung gegen alles, was nicht russisch war. Freundslich benahmten sich die Russen gegen die Georgier nur am Zechertische. Da behaupteten oft viele, sie seien selbst schon „halbe Kaukasier“ und fauzen das „Moral Dschamijer“ mit dem Georgier um die Wette. Den georgischen Wein tranken sie natürlich gern, und manchem von ihnen fällt vielleicht schon deswegen die Trennung von Georgien so schwer. Der Gedanke, daß es hier mit der russischen Herrschaft aus ist, erscheint ihnen unfaßlich und deshalb setzen sie alle Hebel in Bewegung, um die Georgier einzuschüchtern und sie glauben zu machen, die Deutschen seien nur zum Zweck hierher gekommen und würden das mit ihnen verbundene Georgien bald wieder an die Russen ausliefern. Nun, das werden diese Wähler nicht erleben, wenn sie auch noch sehr jung sein sollten! Für eine solche Politik gibt es in Georgien keinen Boden mehr, und alle russischen Unternehmungen, wie die geplante Universität und ähnliches, würden nichts weiter als Hesperde werden, deren Einrichtung unter keiner noch so unschuldigen Benennung zugelassen werden dürfte. Denn Georgien hat aufgehört, eine russische Domäne zu sein, und wer darauf zweifelt, wird sich bald davon überzeugen können.

Inland.

Die Bekämpfung der im Lande herrschenden Anarchie macht dank den energischen Maßregeln, die von der Regierung neuerdings getroffen worden sind, gute Fortschritte. Die „hofscheuweisen“ Banden sind zum größten Teil schon zerpennt. Ihre Verfolgung wird mit Nachdruck fortgesetzt. Die Anstifter haben wohl meist das Weite gesucht, doch sind etliche von ihnen in Sicherheit gebracht worden. Die ihrerseits, in der Hoffnung hierdurch der ihnen drohenden Todesstrafe zu entgehen, ihre Mitschuldigen nennen und auf diese Weise den Behörden die Möglichkeit bieten, die Umwälzungsbewegung von Grund aus abzutun. Viele Verhaftungen, die zurzeit in Stadt und Land erfolgen, sehen im engsten Zusammenhang mit dem sog. „Wolfschwärmen“, welcher in erster Linie gegen die Selbständigkeit der Georgischen Republik, in zweiter Linie aber auf die Wiederherstellung der russischen Herrschaft im Kaukasus gerichtet ist. Mißverstandener Sozialismus und wahrwichtiger Nationalismus haben sich zusammengefunden und trachten — der eine unbewußt, der andre bewußt — nach demselben Ziel: nach der politischen Umwälzung zu eigenem Ruhm und Frommen. Nahrung erbolten derartige Bestrebungen von auswärts: fremdes Geld ist im Umlaufe, und bekanntlich hat in dieser Hinsicht eine gewisse Großmacht, die weiter nicht genannt zu werden braucht — nomina sunt odiosa — im Kaukasus schon manches Unheil angerichtet, das der friedlichen Entwicklung der Dinge nachhaltige Störung verursacht hat. Hoffentlich wird die Regierung auch fernerhin sich als stark genug erweisen, um den bösen Einfluß zu unterbinden. Zu diesem Zweck sollte aber außer den rein zufälligen, äußeren Mitteln (Militär- und Polizeigewalt) unverzüglich zu Reformen geschritten werden, die die Gefundung des Volkes von innen heraus bewirken, indem sie die durch die Revolution erschütterte Rechtsordnung wiederherstellen, die nach europäischen Begriffen ohne Eigentum und nationales Selbstbewußtsein vorläufig noch nicht gedacht werden kann. Wohin utopische Experimente führen, zeigt aller Welt das traurige Beispiel Rußlands. Georgien kann sich den Luxus der Disziplin an eigenen Körper nicht gettatten. Es ist höchste Zeit, daß wir mit der Unfreiheit aufräumen, die uns die vermeintliche „Freiheit“ gebracht hat, und die Verhältnisse nehmen, wie sie in Wirklichkeit sind, nicht wie sie nach den Gebilden unserer erhisten Phantasie sein sollten.

Der Georgische Nationalrat hat, wie wir hören, in einer seiner letzten Sitzungen eine Reihe von Gesetzentwürfen geprüft, die auf Reorganisation der georgischen regulären Truppen und Reorganisation der Disziplin im georgischen Heer abzielen, bei Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf 22 Jahre (vom 21. — 43.) und Anwendung der strengsten Strafen gegen Zuwiderhandelnde (nach deutschen Maximen). Die Durchführung der leichsloßeren Neugestaltung der georg. Armee soll mit Hilfe deutscher Ingenieure bewerkstelligt werden. Von diesen Reformen dürfte auch das kaukasische-deutsche nationale Regiment nicht ausgenommen werden, und ist also Hoffnung vorhanden, daß in Zukunft auch in ihm strammere Zucht und Ordnung herrschen wird als bisher, wo ein großer Teil unserer wehrpflichtigen Kolonisten sich berechtigt glaubt, die Ableistung der Wehrpflicht im eigenen Regiment von seinem Ernennen abhängig zu machen.

Das feierzeit für die Republik Transkaukasien erlassene Landgesetz wird von der Georgischen Regierung dahin zu ergänzen für nötig befunden, daß alles im Privatbesitz befindliche Land, nicht ausgenommen das aus dem Landfond zur Aufteilung gelangende Land, als Eigentum anzuerkennen sei (natürlich nur innerhalb der von dem Gesetz bestimmten Normen), aber letzteres käuflich erworben werden müsse, wobei jedoch die Zahlungen in den Staatsfäden, nicht aber an die früheren Besitzer des Landes zu entrichten sein würden. Das bedeutet keine geringe Konzession seitens einer sozialistischen Regierung, wie es die unrichtig ist, die im übrigen weit davon entfernt ist, das Programm der russischen Kabetten zu dem übrigen zu machen. Hoffentlich wird die Regierung noch einen weiteren Schritt tun und die unnütze Bestimmung der Normen des Maximallandesbesitzes nach ganzen Rayons abändern, desgleichen so oder anders eine gerechte Unterfütterung der durch die Gleichmachung ruinirten sog. „Großgrundbesitzer“ aus Staatsmitteln in die Wege leiten.

Die Georgische Regierung veranstaltete dieser Tage ein Bankett anlässlich der Abreise des Deutschen Gesandten in Georgien, Graf von der Schrenkburg, nach Konstantinopel zur bevorstehenden Konferenz in Sachen der Kartajusländer, desgleichen des Vertreters der österr.-ungarischen Delegation im Kaukasus, Freiherrn von und zu Frankestein, der nichtmehr zurückkehrt, weil er eine andere dienliche Mission erhält, die ihn benötigt, dem „schönen Lande Georgien“, wie er sich in seiner Abschiedsrede auf dem Bankett ausdrückte, so früh den Rücken zuzehren. Von den Neben zum Bankett verbietet u. a. die des Minifters des Innern, Namichwili, erwünscht zu werden, die, in deutscher Sprache gehalten, die Bedeutung der weltbürgerlichen Weltverkehrsstraße über das alte „Rohleis“ (Autaisches Gouvernement) nach dem nahen Bordenassen, aber auch dem ferneren Asien betonte, wobei das eintrige Hellas in unseren Tagen das mächtige Deutsche Reich ersehe, dessen politische und kulturelle Interessen

nicht geringere seien als die des ersteren. Die Abschiedsfeier nahm einen sehr animierten Verlauf.

Sonntag, den 14. Juli, 11 Uhr vorm., findet im früheren Lokal des Georg. Nationalrats (Fräuleinstr.) eine Versammlung von deutschgeorgischen Georgiern statt, die einen Deutsch-Georgischen Kulturverein zu gründen beabsichtigen. Es ist durchaus erwünscht, daß auch möglichst zahlreiche Deutsche dem zu gründenden Verein als Mitglieder beitreten, um auch für ihren Teil zur Annäherung beider Völker, d. h. der Deutschen — und der Georgier beizutragen. (Vgl. Anzeige vor dem Beitarartikel).

Der Deutsch-Armenische Kulturverein hält am 14. d. Mts., um 1 Uhr mittags, seine erste öffentliche Sitzung ab, auf der Herr Arthur Leik seinen Vortrag über: „Das armenische Volk“ zu halten beabsichtigt, an den sich ein Meinungs-austausch über einzelne aus dem Vortrag sich ergebende Fragen zwischen den Vereinsmitgliedern schließen soll. Es ist anzunehmen, daß die Beteiligung eine rege sein wird, zumal verschiedene Institutionen zur Sitzung als Gäste aufgefordert worden sind, so u. a. auch die deutsche und die österr.-ungarische Delegation im Kaukasus, der Deutsche und der Armenische Nationalrat etc. Sehr erwünscht wäre es, daß auch unsere tüchtiger Deutschen der Sitzung in möglichst großer Zahl beiwohnen, wodurch sie ihr Interesse für das neue Kulturunternehmen bezeugen würden. Näheres enthält die Anzeige vor dem Text (s. oben).

Ausland.

Über die Kämpfe an der deutsch-französischen Front entnehmen wir dem deutschen Heeresbericht folgendes:

Vom 5. Juli:

Westen: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Ostlich von Oern wurden stärkere Vorstöße des Feindes abgewiesen. Beiderseits der Somme sind gestern früh dem starken englischen Feuer Infanterieangriffe des Feindes erfolgt. Auf dem Nordufer des Flußes brachen sie vor unserer Linie zusammen. Südlich der Somme drang der Feind in Dorf und Wald Hamel ein. Auf der Höhe östlich von Hamel wurde sein Angriff durch unseren Gegenstoß zum Scheitern gebracht. Westlich von Villers-Bretonneux warfen wir den Feind in seine Ausgangsstellungen zurück. Am Abend lebte die Gesechtstätigkeit fast an der ganzen Heeresgruppenfront auf und blieb auch während der Nacht, namentlich im getrigen Kampfabchnitt, gesteigert. Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Erhöhte Gesechtstätigkeit auf dem Westufer der Aisne und beiderseits der Aisne. — Ein. Kenthoff errang seinen 35. Ein. Thery seinen 24. Lustflieg.

Vom 6. Juli.

Westen: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Mehrfache Angriffe des Feindes westlich von Langemarck scheiterten. In dem Kampfabchnitt südlich der Somme blieb die Artillerietätigkeit tagsüber gesteigert. Am Abend lebte sie auch an den anderen Frontabschnitten auf. Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Zwischen Aisne und Marne und südwestlich von Reims zeitweise erhöhte Gesechtstätigkeit. Starke Vorstöße des Feindes gegen den. Clignon wurden abgesehen. Erkundungsgesicht in der Champagne. Leutnant Kelle errang seinen 20. Lustflieg.

Vom 7. Juli.

Westen: An den Kampffronten zwischen Oern und Marne zeitweilig auflebende Gesechtstätigkeit. Westlich von Chateau-Thierry griffen die Franzosen und Amerikaner trotz ihrer wiederholten Mißerfolge unter Einsatz stärkerer Kräfte an. Die Angriffe sind gescheitert, harte Nachkämpfe dauerten bis in die Nacht hinein an. Die Verluste des Feindes sind nach Truppenmeldungen wiederum schwer. — In den oberen Bogenjagen wurden feindliche Vorstöße am Südfuß abgewiesen. — Leutnant Kroll errang seinen 30., Ein. Könnede seinen 31. Lustflieg.

Vom 8. Juli.

Westen: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Die Artillerietätigkeit lebte am Abend auf. Sie nahm während der Nacht beiderseits der Aisne, am La Bassée-Kanal und zu beiden Seiten der Somme zeitweilig große Stärke an. Nege Erkundungstätigkeit. Stärkere Vorstöße des Feindes bei Merris und südlich der Aisne scheiterten. Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Westlich von Chateau-Thierry hielt lebhafter Feuerkampf an. Vor-

fische des Feindes gegen den Clignon-Abchnitt und südwestlich von Reims wurden abgewiesen. Leutnant Willst errang seinen 22. Luftsieg.

— Vermischte telegr. Nachrichten, durch die Nauener'sche Zentralfunktion übermittelt:
Rom 5. Juli:

Berlin: In Amerika machen anscheinend dieselben Trübsal-Schule, die auch von den übrigen Staaten der Entente gebraucht werden. Sie kämpfen angeblich für Rechte unterdrückter kleiner Völker. Nach Amerika ausgewanderte Polen werden zwangsweise rekrutiert und trotz ihrer Weigerung, mit der Entente zu kämpfen, an der Front verwendet. Bei ihrer Ausbildung erklärte man ihnen, sie würden kämpfen für die spätere Wiederaufrichtung des Königreichs Polen, aber man orientiert sie keineswegs über die dortige augenblickliche Lage und vorentbitt ihnen alle Zeitungen, die in polnischer Sprache geschrieben sind.

Berlin: „Königs“ meldet, daß mehrere Sektionen der sozialdemokratischen Partei verlangen, daß der frühere Minister Thomas vor die Schiedsgerichtskommission zitiert werde. Sie beschuldigen den früheren sozialistischen Minister, er habe mit dem früheren Ministerpräsidenten Ribot Friedensvorschläge Oesterreichs abgewiesen. Die sozialistische Partei wird am 23. Juli in Paris einen Kongreß abhalten, an dem auch auswärtige Sozialisten teilnehmen werden und wo auch die internationale Politik besprochen werden soll.

Rom 7. Juli:

Berlin: In der Nacht vom 6./vii führten englische, französische, amerikanische Patrouillen an der gesamten Westfront vor. Eine englische große Patrouille wurde bei Metzeren zusammengeköpft. Im Nachstoß wurden mehrfach Gefangene gemacht, vor allem bei Abwehr eines größeren französischen Stoßtruppsunternehmens nördlich des Rhein-Marne-Kanals. Nach fortgesetzten Misserfolgen der Amerikaner westlich Chateau-Thierry, griffen sie am 6./vii mit französischer Unterstützung an; allein die vereinigten amerikanischen u. französischen Angriffe scheiterten in gleicher Weise wie alle vorherigen. Der Beginn des Einjahres größerer amerikanischer Truppenverbände steht unter für die Amerikaner ungünstigen Zeichen. Hohe blutige Verluste ohne jeden positiven Gewinn.

Wien (amtlich): Da sich das Piave-Delta ohne schwerere Opfer nicht hätte behaupten lassen, so nahmen wir unsere dort eingesehten Truppen in Dammstellung am Stauer des Hauptarmes zurück. Die Bewegung vollzog sich in der Nacht zum 6./vii.

Moskau („Petersb. Tel.-Ag.“): Nach einer Meldung aus Wladiwostok entbehrt die Nachricht, Irkutsk sei von deutschen Kriegsgefangenen unter Befehl ihrer Offiziere genommen, jeder Begründung. Irkutsk befindet sich in direkter Verbindung mit Wladiwostok, es fand kein Gefangenenaustausch statt, die Lage der Sowjets ist von Bestand.

Kijew: Die „Jüdische Volkszeitung“ erfährt aus Baku, daß die Stadt Baku von Bergbewohnern umzingelt sei und daß die Armenier sich an das Deutsche Oberkommando mit der Bitte um Befreiung und Besetzung der Stadt wandten.

Washington („Reuter“): Das Marine-Departement teilt mit, daß der Transportdampfer „Covenington“ (früher „Cincinnati“) der Hamburg-Amerika-Linie, 16339 t., Montag nacht auf der Heimreise im Sperrgebiet verfeuert wurde. Sechs Mann Besatzung werden vermißt; Passagiere waren nicht an Bord; es wurde kein U-Boot gesehen.

London: Ein Leitartikel im „Manchester-Guardian“ über die Lage in Südafrika verlangt nähere Aufklärungen über Unruhen, die nach Bothas Angaben dort stattgefunden haben.

— Zur Nichteinmischung Deutschlands in die inneren Verhältnisse der Ukraine schreibt das „Hamburger Fremdenblatt“: „Unter den sechs „Leitfäden“ für die künftige deutsche Politik in der Ukraine, die der Zentrumsführer Erzberger mit bekannter Sorgfaltigkeit aus dem Kermel geschüttelt hat, befindet sich auch der leichter aufgestellte als durchgeführte Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse des Landes. Der neue Diktator in Kijew, General Storopadski, scheint vernünftig genug zu sein, zu erkennen, daß man eine Großmacht nicht um den mächtigen Apparat der bewaffneten Intervention erheben kann, ohne ihr auch die nötige Be-

wegungsfreiheit einzuräumen. Daß dadurch die intervenierende Macht sich selbst überall Sympathien schaffen kann, besonders nicht hier, wo die Grenze zwischen äußeren (großrussisch-bolschewistischen) und inneren (ukrainisch-bolschewistischen) Feinden überall ineinanderfließt, versteht sich von selbst, zumal ja auch noch nichtsozialistische Kreise vorhanden sind, die nach Groß-Rußland hinneigen und an der alten kadettischen Abneigung gegen Deutschland festhalten. Aber das darf uns nicht rühren oder gar veranlassen, russischer zu sein als der Russe selbst. Uns gehen die innerpolitischen Verhältnisse der Ukraine tatsächlich nichts an, sondern nur ihre wirtschaftsfriedliche Entwicklung. Die neue Regierung in Kijew scheint, ohne antidemokratisch zu sein, doch weiter rechts zu stehen, als sich mit den ursprünglichen Grundfäden der Revolution verträgt. Wenn das dem Wiederaufwachen ordentlicher Wirtschaftsbetätigung günstig ist, heißen wir es willkommen. Ob die Bolschewisten darin eine Untergründung der Gegenrevolution erblicken, muß uns gleichgültig sein. Ja, unsere Scheidemänner, Erzberger und Ledebours sollten sich viel eher fragen, ob nicht ihre zärtliche Fürsorge für das Selbstbestimmungsrecht der kommunistischen Ideen des Herrn Golubowitsch hart an innere Einmischung in fremde Angelegenheiten greift, zumal, nachdem die ukrainischen Bauern selbst sich für diesen praktisch undurchführbaren Kommunismus bedarf haben, weil er das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen auslöscht. Im übrigen sehen wir die Dinge noch durchaus nicht so trübsal an. Mit ruhiger Energie und Stetigkeit läßt sich viel erreichen, und je mehr wir in Ordnung und gemeinsamer Organisation zu unserem Recht kommen, um so gesünder werden die eigenen Verhältnisse in der Ukraine werden.

— In Kijew hat am 7. Juni eine gewaltige Explosion stattgefunden: mehr als zehn Pulverfässer sind in die Luft geflogen, in denen sich große Mengen von Sprengstoffen aller Art und unzählige Geschosse befanden! Den Wachtienst bei den Kellern versahen deutsche Soldaten, von denen sechs getötet wurden. Die ganze Umgegend ist verwüstet. Ueber 200 Häuser sind zerstört. Die Stadt war im Laufe einer Stunde in eine dicke Staubwolke gehüllt. Weitbin errütterten kapitale Gebäude. Die Fensterscheiben klickten. Vielesch wurden Passanten durch Glasplitter von zerplatzenden Fensterscheiben mehr oder weniger erheblich verletzt. Der Vermögensschaden ist enorm, denn außer den oben angegebenen 200 zerstörten Gebäuden haben noch über 700 Gebäude gelitten, und zwar im Raum der Straßen: der St. Dreieinigkeits, Peticherskaja, Lomafow, Woljnurow, Safranow, Kurgan- und Kirchengit. Die Explosion selbst erfolgte im Stadtteil „Swierig“, wo der überwiegende Teil der Einwohnerlichkeit ärmeren Volksklassen angehört. Am schrecklichsten sind aber die Verluste an Menschenleben: über 200 Tote und über 1000 Verwundete! Viele Leichen sind so verbleht, daß man sie nicht erkennen kann. Auch im Kloster des hl. Jonas sind 15 Personen ungetonnen, unter ihnen 12 Mönche und 3 Bräuer. Ueber Kijew wurde sofort der Belagerungszustand verhängt. Man bezogene allerorten ausschließlich deutsche Patrouillen. Auf Befehl der Militärbrigade wurde jeder Marodeur auf der Stelle erschossen. Der feierlichen Beisetzung der getöteten deutschen Soldaten wohnten die höchsten Beamten der Ukraine — mit dem Hetman Storopadski an der Spitze — bei. Eine allseitige Untersuchung des erschütternden Vorfalles wurde eingeleitet. Die Explosion soll dadurch entfangen sein, daß um 9 Uhr morgens leere Patronenfässer in der Nähe der Pulverkeller aus unbekannter Ursache in Brand gerieten. Nicht unwahrscheinlich ist aber die Annahme, daß im gegebenen Falle Brandstiftung vorgelegen hat. Spätere Nachrichten stehen einzuwelen noch aus.

— In Moskau ist der Ermordung des deutschen Botschafters Grafen v. Mirbach ein Aufstand gefolgt, dem die sozial-revolutionäre Partei mit ihrer bekannten Führerin Spiridonow (zu Beginn der Revolution aus der Verbannung zurückgekehrt) an der Spitze angezettel zu haben scheint. Einwühlen liegen nur abgegriffene telegraphische Nachrichten (v. 9./vii) vor, nach denen zu urteilen, der Aufstand, im Zusammenhang mit der Ermordung v. Mirbachs steht. Denn bezeichnend sind folgende Worte, die einer der Auführer gelegentlich der Arretierung eines Mitgliedes der bolschewistisch-russischen Regierung gesagt haben soll: „Sie haben vor einer voll-

Von der königlich-schwedischen Mission

Die Mission vermittelt den Baltischen Jägern die Heimat. Rekrutanten können sich werktätig zwischen 10-3 Uhr in der Mission aufschreiben lassen. Der nächste Transport geht aus Dittis annähernd gegen Ende dieser Woche ab. Personen, welche sich bereits früher in der Mission angeschrieben, jedoch noch nicht ihren Wunsch mitgeteilt haben, mit dem nächsten Transport mitzufahren, werden erucht, in der Mission (Wolotchnjatschaja 54) vorzujprechen.

endeten Tatsache. Der Breker Vertrag ist zerrissen. Der Krieg mit Deutschland ist unausbleiblich.... Sie können die Regierungsgewalt behalten, aber sie sollten aufhören, vor einem Mirbach zu dienern. Soll Deutschland Rußland bis zur Wolga besetzen? — (Die Red.). Murawjow kommt zu uns nach Moskau, die Letten des I. Schützenregiments sind mit uns, desgleichen 2000 aus Woroneß eingetrossene Don-Kojaken“..... (folgt weitere Aufzählung ausländischer Truppen und Berufung auf die angeblich gleichfalls aufgestandene Arbeiterschaft Moskaus). Auf die Entgegnung, daß sie, die Auführer, lediglich den Plan englischer und französischer Finanzkreise verwirklichen helfen und Verräter an der Revolution seien, bemerkte die inzwischen hinzugetretene Spiridonow, zu einem daselbst befindlichen Haufen Matrosen gebandt, daß nicht die Sozial-revolutionäre, sondern die Bolschewist die Revolution vorantreiben hätten, da sie vor Mirbach kassubden und seinen Willen pünktlich erfüllten. Zu den Aufständischen zählten in erster Linie demoralisierte Matrosen der Schwarzmeerflotte und entwafrnete Anarchisten. Die Eisenbahner sind der Sowjetregierung treu geblieben, und damit war der Putsch genau genommen schon mißglückt, denn die Provinz vermochte nicht auf ihn zu reagieren, und blieb in ihr alles beim alten. Einige Mitglieder der deutschen und der dänischen Gesandtschaft sollen in der Nähe des Kurzer Bahnhofs von einem Teil der Auführer arretiert worden sein, obgleich sie die weiße Fahne zum Zeichen ihrer Neutralität benutzt hatten. Nähere Mitteilungen sind abzuwarten.

— Unter dem Titel: „Die gelbe Gefahr“ schreibt die „Bafeler Nationalzeitung“ anlässlich des jüngst abgeschlossenen japanisch-chinesischen Vertrages folgendes: „Natürlich befragt ein großer Teil des englischen Volkes (allerdings wegen der englischen Interessen im Osten nur mit geteilter Freude) und die große Masse der Italiener und Franzosen die Intervention Japans, weil sie von ihr eine Schwächung Deutschlands im Westen erwartet und weil es ihnen überhaupt erweislich ist, japanische Kräfte in höherem Maße als bisher gegen die Deutschen operieren zu sehen. Wir stehen also heute an einem der gewaltigsten Marksteine der Weltgeschichte. Japan tut den entscheidenden Schritt in seiner kontinentalen Amerikaspolitik. Es betreibt die Liquidation der russischen Hinterlassenschaft, um sich ein ost-asiatisches Großreich zu schaffen, das alle bisherigen Imperien an Bevölkerungszahl und kompakter Masse übertrifft. Ob es nun Japan zumächst auf China oder auf Sibirien angelegt hat, jedenfalls sind der japanischen Nachterpanion nach dem Westen im Laufe dieses Krieges so große Schelenen geöffnet, worden, daß kein euroasiatischer Schlenenmeister sie so leicht wieder schließen wird.“

— Unter der Ueberschrift: „Eine echt englische Lügenmeldung“ schreibt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“: „Mehrere deutsche Zeitungen brachten vor einigen Wochen die zueit von Reuter veröffentlichte Notiz, der Schah von Persien habe 100 000 Dollar auf die amerikanische Freiheitsanleihe durch Vermittlung des Gesandten der Vereinigten Staaten in Teheran gezeichnet. Wie wir von der hiesigen persischen Gesandtschaft erfahren, hat sie von der Regierung in Teheran den Bescheid erhalten, daß an der ganzen Angelegenheit kein wahres Wort ist. Es handelt sich also in diesem Falle um eine englische Lügenmeldung, deren Absicht offenkundig ist.“

Aus dem deutschen Leben.

Protokoll

der ersten transkaukasischen deutschen-Schulenkonzernz zu Tiflis vom 17.-21. Juni 1918.

(2. Fortsetzung.)

Die Konferenz faßte zur Besprechung des I. Punktes ihres Arbeitsprogramms.

Der Vorsitzende eröffnet den Meinungsaustausch mit dem Hinweis, daß das Leben 3 Schulgattungen hervorgerufen habe u. zwar:

- a) die Volksschule.
- b) „ höhere Elementarschule und
- c) „ die Oberschule (die Stufen der Mittelschule, bezw. das Realgymnasium), und stellt die Frage, ob diese 3 Schultypen bei uns beibehalten werden sollen.

Lehrer Walling: Wir lassen diese Benennungen der Schultypen fallen und richten eine Volksschule mit 8-jährigem Kursus ein. Dabei sollen die Jünglinge die Möglichkeit haben, nach Beendigung dieser 8-jährigen Volksschule in die 5. Klasse des Gymnasiums einzutreten und von einer Stufe der Volksschule eines Dorfes in die nächste höhere Stufe eines andern Ortes ohne jegliche Prüfung überführt zu werden. Somit wäre die Volksschule eine direkte Vorstufe zur Mittelschule.

Lehrer Herbstreit spricht sich entschieden gegen die höhere Elementarschule aus: Wenn die Volksschule gut bestellt ist, sei die höhere Elementarschule (höhere Volksschule) überflüssig; wenn aber die Volksschule schlecht bestellt ist, sei die höhere Elem.-Schule nutzlos, da sie unvorbereitete Kinder aufnehmen muß.

Lehrer Walker widerpricht diesen Ausführungen: Die höhere Elementarschule biete doch immer neuen Lernstoff! Wie könne man sich zu Behauptungen verstehen, daß diese Schulgattung, als eine unnütze, wegschaffen müsse.

L. Walling erinnert daran, daß eigentlich in der Volksschule, wie er sich jetzt denkt, der Lehrstoff der heutigen Volksschule und der heutigen Elementarschulen kräftiger werden kann. Umso mehr, da unsere Kinder jetzt schon durchschnittlich 7 Jahre in der gegenwärtigen Volksschule lernen.

L. Herbstreit fügt bei, daß also bloß die Zahl der Schuljahre auf 8 erhöht werden sollte, die Frage bezüglich der untern Schulstufen wäre somit gelöst.

L. Briem macht darauf aufmerksam, daß die Kinder einer Schule in einer andern Schule Aufnahme ohne Examen finden müssen. Die Absolventen der höheren Elementarschule, als eines bestimmten, staatlichen anerkannten Schultypus, finden Aufnahme in die 5. Klasse einer beliebigen Mittelschule. Wie wäre es hiermit bestellt, wenn die Vorschläge der Kollegen Walling und Herbstreit verwirklicht wären?

L. Herbstreit: „Das würde an der Sache nichts ändern.“

L. Pfeffer widerpricht sehr heftig dieser Behauptung. An die Frage von L. Briem anknüpfend, führt er im weiteren aus, daß wir stets eine Fühlung wahren müssen mit den Regierungsschulen Ostprens. Und das besonders in Organisationsfragen, da widrigenfalls technische Schwierigkeiten herausbesprochen würden. Unsere Kinder werden immer wieder hier und da veranlaßt sein, sich in Regierungsanstalten überführen zu lassen; auch finanziell wird schwer mit dem Staat zu brechen sein. Das alles bedinge eine Einheitlichkeit in der Organisation unseres Schulwesens gegenüber dem allgemein staatlichen Schulwesen.

L. Walker tritt mit einem ausführlichen neuen Projekt hervor. Im wesentlichen besteht der Vorschlag in folgendem: die jetzigen 1 u. 2. Kl. Volksschulen bleiben bestehen. Erstere mit 6-jährigem und letztere — mit 7-jährigem Kursus. Die höhere Elementarschule hat einen 9-jährigen Kursus und wird besucht von Kindern im Alter von 6—15 Jahren. Jede Kolonie konnte ihren Verhältnissen gemäß einen dieser 3 Typen wählen. Nach der höheren Elementarschule müßten die Oberstufen der Mittelschule abfolviert werden.

Der Vorsitzende verteidigt den Typus der höheren Elementarschule, wie wir ihn heute sehen. Jede Kolonie muß eine solche Schule haben, da es die Verhältnisse gestatten. Sie geben eine abgerundete, gewissermaßen eine vollendete Bildung.

Da inzwischen mehrmals die Frage aufgeworfen worden war, inwieweit die Beschlüsse der Konferenz bindende Kraft haben würden, antwortet hierauf Lehrer Th. Hoffmann, daß die Konferenz, als Versammlung sachkundiger Personen, untern Kolonien sagen müsse, was Pädagogik und was Schlandrian ist. Vom guten Willen und von der Einsicht unserer Leute hängt es ab, diese unsere Ratschläge zu befolgen oder nicht.

Zu den Aufgaben der Volksschule zurückkehrend, stellt Herr Walling an diese die Forderung, in ihren Jünglingen Interesse für das gedruckte Wort zu wecken: heute wird dieses Ziel nicht erreicht, weil die Lehrer mit mehreren Zabragungen gleichzeitig arbeiten müssen.

Lehrer Lienenwald: „Solche Mängel können erst beseitigt werden, wenn man durch richtige Benennung der Schulgattung ihre Aufgaben charakterisiert. Es kann keine höhere Elementarschule geben, da Element eben Element ist und weder höher noch niedriger sein kann. Eine jede Volksschule hat sich die von Herrn Walling formulierte Aufgabe zu stellen. Indem wir nun eine Volksschule als höhere, die andere als niedere bezeichnen, befreien wir die eine gleichsam von ihren direkten Pflichten: ihren Jünglingen Interesse für das gedruckte Wort beizubringen. Eine Schule, die dieser Forderung nicht gerecht wird, hat kein Existenzrecht. Ich beantrage die Gestaltung einer Volksschule mit acht Schuljahren. Ihr Programm müßte sich ungefähr mit dem der heutigen Volksschule und mit dem der heutigen höheren Elementarschule decken.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß es schließlich doch am besten sei, die existierenden Schularten beizubehalten. Er habe im Programm 3 Typen: Volksschule, höhere Elementarschule und Realgymnasium — bezeichnet und die Ausführungen mehrerer Teilnehmer der Konferenz haben ihn in der Zweckmäßigkeit dieser Einteilung bekräftigt.

L. Rotheder: „Diesen Schularten sollten eriens Abteilungen für professionelle Bildung beigegeben werden. Zweitens sollte, wie Herr Briem dies vorhin aussprach, in Kolonien, die keine höhere Elementarschule unterhalten können, wenigstens die eine oder die andre der untern Klassen eröffnet werden. Gernach könnten die Kinder in die entsprechenden Klassen einer höheren Elementarschule, bezw. des Realgymnasiums, überführt werden.“

Nach einer kurzen Unterbrechung geht die Versammlung zur Frage betreffs des Schulzwangs über, da nach Meinung vieler von der Lösung dieser Frage die Entscheidung bezüglich der Schulstufen abhängt.

L. Lienenwald: „Die Kinder müssen gezwungen sein, 8 Jahre die Schule zu besuchen. 8 Jahre in der jetzigen Volksschule sitzen, ist zu lange. Die Kinder zu zwingen, eine Volksschule und dann noch eine „höhere“ Volksschule zu besuchen, ist unlogisch; man kann bloß zu etwas Elementarerem zwingen.“ Deshalb sei die Volksschule einheitlich, bestche aus 8 Jahrgängen und höhere als auf einer Grundlage auf entsprechendem Schulzwang (8 Jahre).

Lehrer Pfeffer: „Die Tilsiter Stadtduma beabsichtigt, 7 Jahre Schulzwang einzuführen für Grünhe: und 8 Jahre für Nicht-Grünhe, da diese außer den gewöhnlichen Fächern noch die germanische Sprache als Staatsprache erlernen müssen.“

Lehrer Ed. Guttenlocher: Man spricht hier scharf gegen die Gliederung der Volksschule in die Volksschule ihres jetzigen Charakters und in die höhere Elementarschule; dabei vergißt man, daß eine Gliederung der Schule schon durch ihre Ansprüche an die Lehrer geordert wird. Ist die höhere Elementarschule mit der Volksschule verschmolzen, so müssen auch die Lehrer ein und denselben Bildungsgrad haben, um in einer einheitlichen Schule wirklich gemeinsam arbeiten zu können.

Lehrer Schüler bittet zur Frage bezüglich des Schulzwanges jurisdikulturen.

L. Rotheder ist der Meinung, daß diese Frage erst gelöst werden könnte nach Feststellung des Alters, in dem die Kinder in die Schule aufgenommen werden sollen.

Dem Einwand L. Lienenwalds, daß bloß der Staat Schulzwang ausüben könne, hält G. Frid entgegen, daß die Praxis in den deutschen Kolonien diese Behauptung widerlege: in den deutschen Kolonien bestche schon seit Generationen Schulzwang. Jetzt, da der Nat.-Nat. erstirbt, sei dieser Forderung des Lebens noch pängliche und leicht nachzukommen.

Der Vorsitzende: „Der Gang der Arbeit zeigt, daß wir uns nicht an den Buchstaben unseres Prognostik halten dürfen. Einigen wir uns also vorerst über die Materie, in dem die Kinder lesen müssen, um in die Schule aufgenommen werden zu können. Die moderne Pädagogik in der Person des berühmten Lay empfiehlt von diesem Standpunkt aus die Zulassung der Kinder in die Schule nicht vor Vollendung des 6. Lebensjahres. Lehrer Rud. Guttenlocher hält dies als vorschlaghaft an andere Pädagogen.

Der Vorsitzende erklärt, daß er die Aufnahme vom 6. Lebensjahre an befürworte in der Voraussetzung, daß die erste Schuljahre als Übergangsjahr Schule, den Kindern keinen Zwang e

matürliches, trodenes Arbeiten. Schulprogramm müsse hier fehlen.

Sehr warm faßt diesen Gedanken Herr Briem auf. Die Praxis zeigt, daß frische rotbüchtige Kinder, die früh in die Schule aufgenommen werden, nach einem Jahre weitaus besser und bleich aussehn. Andererseits sei der Gedanke selbsts der-Kindergärten — so müßten wohl die Worte des Vorsitzenden zu verstehen sein — für unsre Kolonien nicht zu: in Elisabethal, in Katharinenfeld und Heleneendorf hätten solche mit Erfolg gearbeitet. Heute noch könne man zwischen den Erwachsenen jene herausfinden, die im Kindergarten den Anfang ihrer Erziehung und Schulung bekommen haben.

L. Pfeffer: „Wenn wir schon Kindergärten im wahren Sinne des Wortes organisieren wollen, so müssen wir die Jahre 5—7 als Aufnahmejahre empfehlen.“

Hierauf werden folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1) Die Kindergärten werden besucht von Kindern im Alter von 5 — 7 Jahren. Also 2 Jahrgänge, laut Vorschlag von Pfeffer. (§ 1).
- 2) In die Volksschule im heutigen Sinne des Wortes werden Kinder aufgenommen, die bis zum 31. Dezember d. 1. Schuljahres das Alter von 7 Jahren erreichen (formuliert von L. Briem). (§ 2).
- 3) Der Schulzwang erstreckt sich auf 7 Jahre, die im Kindergarten zugebrachten 1 resp. 2 Jahre nicht mitgerechnet. (§ 3).
- 4) Der Kursus der Volksschule ist siebenjährig. (§ 4).
- 5) Die höhere Elementarschule, als II Stufe und das Realgymnasium, bezw. die Oberschule als III Stufe bleiben bestehen. (§ 5).

Hierauf wird noch die Frage gestellt, ob wohl der Besuch des Kindergartens auch obligatorisch sei?

L. Briem spricht sich dagegen aus, L. Rud. Guttenlocher dafür.

Ausführlicher spricht L. Lienenwald: Wer den Besuch des Kindergartens obligatorisch zu machen gedente, greife mit eiserner Hand in das zarte Gebiet der Familienlebens ein. Gewaltsam dürfe kein Kind der Mutterpflege entzogen werden.

L. Walker, Mitglied des Vollziehungsausschusses des Nat.-Rats, erwidert hierauf, daß diese Erwägungen richtig seien, soweit sie sich auf die intelligente Familie beziehen. Was jedoch unsere Familie auf dem Lande anbetreffe, so seien die Verhältnisse hier derart, daß es gut sei, wenn das Kind unbedingt und ausnahmslos frühzeitig der Pflege einer gebildeten Kindergärtnerin unterstellt würde. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem flachen Lande seien die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre vernachlässigt, verbrachten die meiste Zeit auf der Straße, da die Mutter zu sehr von ihrer lästigen häuslichen und vielfach auch von rauer Gartenarbeit in Anspruch genommen ist.

Nach weiterem, kürzerem Meinungsaustausch beschließt die Versammlung:

„Der Besuch des Kindergartens ist nicht obligatorisch.“ (§ 6).

Um 9¹/₂ Uhr wird die Sitzung geschlossen.
Der Vorsitzende: E. Follat.
Schriftführer: L. Rotheder.
(Fortf. folgt.)

Aus aller Welt.

Wilhelm Girardet †. In fast vollendetem 80. Lebensjahre ist in Deutschland unangesehen Kommodant Wilhelm Girardet gestorben, ein Mann, dessen Name mit dem heutigen Zeitungswesen eng verknüpft ist. Er war einer der Männer, die sich Anfang der 30-jährigen Jahre der Gründung von General-Anzeigern und ähnlichen Blättern zuwandten. Die Tendenz dieser Blätter ging dahin, die Hauptmaßnahme nicht durch den Bezugspreis zu erzielen, sondern durch Anzeigen. Sie führten sehr niedrige Bezugspreise ein, die oft kaum die Anstragegebühr deckten, sodas große Auflagen erzielt wurden, mit deren Hilfe man in den Erscheinungsorten das Anzeigen-geschäft erlangte. Da die alten politischen Zeitungen an ihren hohen Bezugspreisen festhalten wollten und keine Gegenmaßregeln trafen, so gerieten sie gegen diese Neuerungen oft in's Hintertreffen, d. h. ihre Auflagen gingen zurück und infolgedessen auch die Mizerate. Zwecklos ist aber durch die Gründung dieser billigen Blätter, das Zeitungswesen erheblich gefördert worden. Es wurden für das Leben von Zeitungen Kreise gewonnen, die ihnen sonst ferngeblieben hätten und in denen allmählich auch das Bedürfnis erwachte, umfangreichere politische Blätter zu lesen.

Herausgeber: Das J.-R. des transtauf. deutschen Verbandes
Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.